

Berner Zeitung, 12. März 2011:

Sparen – aber nicht bei der Polizei

von Fabian Schäfer

Bisher ist erst eine einzige Idee bekannt, mit welcher der Regierungsrat den Kantonshaushalt entlasten will: ein Stellenmoratorium, das primär die Kantonspolizei treffen würde. Dagegen formiert sich bereits Widerstand – ausgerechnet aus der SVP, die sonst immer Sparmassnahmen verlangt.



Hoch zu Ross: Mitglieder der berittenen Kantonspolizei beim traditionellen Neujahrsempfang vor dem Bundeshaus. SVP-Grossrätin Sabina Geissbühler verlangt per Motion, die Aufstockung des Korps wie geplant umzusetzen. Vorne rechts: Nationalrätin Andrea Geissbühler, Tochter der Motionärin. Bild: Keystone

Spätestens seitdem die kantonale Finanzdirektion nicht mehr in SVP-Hand ist, profiliert sich die Volkspartei als schärfste Kritikerin der Finanzpolitik der Kantonsregierung. Dies hat sie neulich bekräftigt: Sie fuhr dem rot-grünen Regierungsrat an den Karren, weil dieser das Entlastungspaket, das er im März 2010 angekündigt hatte, nach geschlagenen 14 Monaten noch immer nicht vorlegte. Die SVP wirft der Regierung vor, die Hände einfach in den Schoss zu legen.

Eine einzige mögliche Sparmassnahme ist bislang bekannt: Die Regierung erwägt ein Stellenmoratorium. Sie will voraussichtlich auf neue Stellen verzichten – womit sie zwar nicht wirklich spart, aber immerhin vorläufig auf einen weiteren Ausbau der Verwaltung verzichtet. Betroffen wäre vor allem die Kantonspolizei, deren Ausbau Regierung und Grosser Rat im Grundsatz beschlossen haben: Sie wollen den Bestand von 2500 Frau und Mann bis 2013 um weitere 60 Stellen erhöhen; ebenso viele neue Polizeijobs sind 2010 und 2011 schon geschaffen worden. Mit dem Stellenmoratorium würde der weitere Ausbau um mindestens ein Jahr vertagt.

Präventiver Widerstand

Dies ruft erneut die SVP auf den Plan – nun aber mit umgekehrten Vorzeichen: Sie wehrt sich schon jetzt präventiv gegen diese erste «Sparmassnahme», bevor die Regierung diese überhaupt offiziell vorschlägt. Der Kanton solle die Aufstockung der Polizei wie geplant umsetzen, verlangt SVP-Grossrätin Sabina

Geissbühler (Herrenschwanden) in einer Motion. Im Einklang mit SVP-Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee) erklärt sie, es sei falsch, bei der Polizei zu «sparen»; die Regierung solle den Rotstift in weniger wichtigen Bereichen ansetzen – bei «unnötigen» Bildungsreformen etwa, so Geissbühler. Sie sieht keinen Widerspruch zur Sparrhetorik der SVP: «Wir waren und sind konsequent für die Stärkung der Polizei, da die Sicherheit eine der wichtigsten Staatsaufgaben ist.» Zudem verhinderten vermehrte Patrouillen Kosten in anderen Bereichen, in Spitälern etwa.

Kritik an der Regierung

Dennoch: Macht sich die SVP nicht unmöglich, wenn sie ewig Einsparungen verlangt und dann den ersten Vorschlag attackiert? «Nein», findet Brand. Er wirft der Regierung vor, sie wolle absichtlich dort sparen, wo es die Bürgerlichen am meisten schmerze. Ob die SVP die Polizei-«Sparmassnahmen» als Kompromiss mittragen würde, um das Paket als Ganzes nicht zu gefährden, lässt Brand offen. «Wir wollen zuerst alle Vorschläge der Regierung kennen.» Er betont, es werde der SVP «schwerfallen», die Polizeistellen zu opfern. Die übrigen Sparvorschläge müssten sehr gut sein, damit die SVP diesen Kompromiss eingehe.

Für die Tochter? Nein!

SP-Finanzpolitiker Bernhard Antener findet, die SVP spiele das übliche Spiel: «Das ist die reale Finanzpolitik – so läuft es.» Die SVP markiere Härte, schimpfe über die Regierung – und schieesse dann die erste Massnahme ab, wenn sie ihr nicht passe. «Man ist sich das ja gewohnt.» Mehr wolle er dazu gar nicht sagen, erklärt Antener. Die Finanzpolitik der SVP spreche für sich.

Die Widersprüche sind augenfällig: Geissbühler fordert nicht nur, den Polizeiausbau fortzusetzen – sie verlangt auch gleich mehr Lohn und mehr Ferien für die Berner Polizisten. Ihre Arbeitsbedingungen seien heute im Vergleich zu schlecht (siehe Kasten). Peter Brand hält dazu fest, diese Forderungen würden kaum von allen Fraktionsmitgliedern unterstützt.

Eine Frage ist unvermeidlich: Will Grossrätin Geissbühler mit ihrer Motion den Lohn ihrer Tochter aufbessern? Immerhin arbeitet SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler bei der Kantonspolizei Bern. «Das musste ja kommen», sagt die Mutter. Aber das Ganze habe nichts mit ihrer Tochter zu tun. «Sie weiss noch nicht einmal, dass ich diesen Vorstoss eingereicht habe.»

Der Regierungsrat seinerseits will das Entlastungspaket im Juni vorlegen. Im März 2010 hat er angekündigt, er werde das Paket «in den kommenden Monaten» erarbeiten. (Berner Zeitung)